

Susanne Schunter-Kleemann

Geschlechterdifferenz in der politischen Debatte zur europäischen Union?

1. Einleitung

Die Frauen waren die »Angstgegnerinnen« der dänischen Regierung. So berichtet es jedenfalls die *Financial Times* vom 29. Mai 1992. Umfragen vor dem Referendum am 2. Juni 1992 hatten zu Tage gebracht, daß deutlich mehr Frauen als Männer die Verträge von Maastricht ablehnten. Insofern sah die dänische Regierung die Haltung der weiblichen Bevölkerung als das »größte Hindernis« an, das es zu überwinden gelte. »One obstacle may however, be particularly difficult to surmount: far more women are against the treaty than in favour«.

Die bundesdeutschen Medien hielten es nach dem Debakel des ersten Maastricht-Referendum (50,7 % stimmten Nein) für keine Meldung. Das Nein der Dänen war maßgeblich ein Nein der Däninnen. 56 Prozent der dänischen Männer hatten für, 57 Prozent der Frauen gegen die Annahme des Vertrages über die Politische Union gestimmt (Jensen 1992, 54; Frauen Europas Info-Juni 27/1992). Was zunächst als Zufallsergebnis hätte gedeutet werden können, bestätigte sich beim französischen Referendum im September.¹ Im Dezember 1992 waren es die Schweizerinnen, die durch ihr Abstimmungsverhalten maßgeblich den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) blockierten.² Knapp 60 Prozent der Schweizerinnen lehnten den EWR-Beitritt ab.³ Auch in Norwegen, Schwe-

1 Diese Information verdanke ich Alain Lipietz.

2 Das EWR-Abkommen ist am 2. Mai 1992 in Porto zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den EG-Mitgliedstaaten und den Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) geschlossen worden. Es stellt die Zusammenarbeit zwischen EG und EFTA auf eine neue umfassende Grundlage. U.a. wurde die Übernahme von 1.400 Rechtsakten der EG durch die EFTA-Staaten vereinbart. Der Schwerpunkt liegt in der Einbeziehung der EFTA in den EG-Binnenmarkt. Ende 1992 ist der EWR-Vertrag von den EFTA-Staaten Österreich, Schweden, Norwegen, Finnland und Lichtenstein ratifiziert worden. Die Schweiz hat den EWR-Vertrag in einer Volksabstimmung am 13. 12. 1992 mit 50,3% der Stimmen abgelehnt.

3 Eine von der Link-Forschungsgruppe publizierte Langzeituntersuchung (7 Wellen) im Vorfeld zur EWR-Abstimmung unterstreicht die stabile Anti-EWR-Haltung der Frauen. »Was die soziodemographische Struktur betrifft, sticht vor allem die grosse Meinungsdif-

den und Finnland wird die Frage eines EG-Beitritts zwischen den Geschlechtern kontrovers diskutiert. An keiner öffentlich-politischen Frage scheiden sich die Geschlechter so deutlich (Dahlerup 1993; Stark 1993). Aktuelle Umfragen aus Schweden (Mai 1993) belegen, daß nur etwa 25 Prozent der Schwedinnen für einen EG-Beitritt stimmen würden, die Männer sind zwar erheblich skeptischer als in den meisten europäischen Ländern, doch würden etwa 50 Prozent für Beitritt votieren (Stark 1993). Schließlich ist auch in österreichischen Umfragen die Geschlechterdifferenz unübersehbar. Das EURO-Barometer der Zeitung *Der Standard* vom 1. Juni 1993 vermerkt ein leichtes Ansteigen des »EG-Optimismus«, dennoch wird eingeräumt, daß »gerade die älteren Österreicher (übrigens ähnlich wie die Frauen) überwiegend Gegner eines Beitritts« sind.

Der folgende Beitrag geht der Frage nach, was sich in dieser Geschlechterdifferenz bei EG/EWR-Referenden und Umfragen ausdrückt. Was bedeutet es, wenn Frauen mehrheitlich anders abstimmen als Männer? Haben die Frauen nicht verstanden, welche Vorteile EG-Binnenmarkt und Europäische Union den europäischen Bürgern bringen? Kommt in den Nein-Voten nur politische Unwissenheit, Gleichgültigkeit, die größere Entfernung zum öffentlich-politischen Raum zum Ausdruck? Haben Frauen ein anderes Politikverständnis? Sind sie sensibler gegenüber den politischen Risiken des »Projekts Europa«? Sind die Abstimmungsergebnisse in Zusammenhang mit politischen Bewegungen der Frauen in den einzelnen Ländern zu sehen? Welche Vorbehalte und Einwände gegen Europäische Union und EWR drücken sich in den höheren Nein-Voten der Frauen aus?

Für die »herr«-schende ökonomische, aber auch politische Diskussion über den Binnenmarkt und den Maastrichter Vertrag war es bis vor kurzem eher

ferenz zwischen den Geschlechtern ins Auge. Während sich bei den befragten Männern ungefähr jeder Zweite als EWR-Befürworter zu erkennen gab, sprach sich bei den Frauen nur ungefähr jede Dritte für den EWR-Beitritt aus.« Es spricht für sich, daß in dem abschließenden Vergleich der Langzeituntersuchung mit den Referendumsergebnis die Geschlechterdifferenz nicht mal zum Thema gemacht wird (Link-Focus 1992, S. 11 und S.22). Die »Analyse des votations federales du 6 decembre 1992« geht auf die Geschlechterdifferenz im Abstimmungsverhalten ebenfalls nicht ein (Kriesi/Longchamp u.a. 1993). In der Pressedokumentation der Forschungsgruppe *Cultur Prospectiv* werden die Unterschiede elegant weginterpretiert: Dort heißt es:« Nach Bekanntgabe von Meinungsumfragen vor der Abstimmung wurde auf Kampagnen, welche Frauen für das Ja besonders anzusprechen hatten, besonders Gewicht gelegt. Die Ergebnisse, die den Frauen ein stärkeres Nein zuschrieben, beruhten aber auf einem Scheinergebnis. Im stärkeren Nein der Frauen äussert sich die Bildungsungleichheit. Frauen haben vergleichsweise tiefere Bildung als die Männer, was ihre Tendenz zum stärkeren Nein erklärt. Dies bestätigen die Auswertungen dieser Untersuchung klar. Die Frauen der Stichprobe waren zwar mit 60 % stärker für das Nein als die Männer (52%). Der Unterschied hat aber in erster Linie mit der zwischen Mann und Frau nach wie vor ungleichen Bildung zu tun »(*Cultur prospectiv* 1992, S. 16).

kennzeichnend, daß die »frauenpolitische Dimension« ausgeblendet oder vernachlässigt wurde. Das hat sich nun - angesichts der inzwischen bekannt gewordenen geschlechtsspezifischen Abstimmungsergebnisse - schlagartig geändert. Zumindest was die Kommunikations- und Informationspolitik der EG-Behörden angeht, sind Frauen zu einer »prioritären Zielgruppe« avanciert. Frauen sollen in Zukunft endlich in gebührender Weise angesprochen werden. Die geplanten - keineswegs heiter anmutenden Umwerbungsstrategien - sollen, soweit bisher bekannt, skizziert werden (Le Clercq-Bericht 1993).

Daß die europäischen Frauen durchaus politisches Gewicht entfalten können, wenn sie wohlinformiert zur Wahlurne schreiten, zeigt m.E. die überraschende Verabschiedung der »Mutterschutz-Richtlinie« im Oktober 1992, an die schon niemand mehr geglaubt hatte. Seit 1986 waren alle Frauen betreffenden sozialpolitischen Gesetzesinitiativen vom Ministerrat blockiert worden. Nachdem die geschlechtsspezifischen Abstimmungsergebnisse aus Dänemark und Frankreich auf dem Tisch lagen, fanden die geharnischten Warnungen des EP-Ausschusses für die Rechte der Frauen des Europäischen Parlaments beim Ministerrat wohl etwas mehr Aufmerksamkeit als üblich. Galt es doch, noch einige wichtige EWR-Abstimmungen und Maastricht-Abstimmungen über die Runden zu bringen. In dem Kommuniqué des EP-Ausschuß für die Rechte der Frau vom 18. Juni 1992, das eine Woche nach dem Maastricht-Referendum in Dänemark veröffentlicht worden war, wurde der Ministerrat gewarnt:

»Jeder Versuch, die Richtlinie scheitern zu lassen, hätte unter den Frauengruppen der Gemeinschaft und in den an einer Mitgliedschaft interessierten Ländern eine umfassende Desillusionierung in bezug auf die Europäische Gemeinschaft zur Folge« (Frauen Europas Info, Juni 1992/ Nr.27; Schunter-Kleemann 1993)

2. Die Europäische Verabschiedung von Demokratie und Sozialstaat.

Sieben miteinander verbundene Diskussionskomplexe stehen im Zentrum der frauenpolitischen Vorbehalte gegen den mit den Maastrichter Verträgen beschleunigten Europäischen Integrationsschub:

- Die faktische Verabschiedung von Demokratie und
- Wohlfahrtsstaat mit Hilfe
- einer monetaristischen suprastaatlichen Geldpolitik, die zu einer erheblichen Beschränkung fiskalpolitischer Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten führen könnte.
- Die hieraus erwachsenden erheblichen Beschäftigungsrisiken im allgemeinen, aber besonders für die im öffentlichen Sektor beschäftigten Frauen werden ebenso abgelehnt wie

- die intensivierete militärische und polizeiliche Flankierung der Europäischen Union und
- die Aufgabe systematischer Umweltpolitik.
- Beklagt wird der das EG-Projekt begleitende Verlust der demokratischen Öffentlichkeit und eine immer gezieltere Gleichschaltung der Medien.

Im folgenden sollen einige Schlaglichter auf die frauenpolitischen Debatten zum Maastrichter Vertrag in einigen EG- und EFTA- Ländern geworfen werden.

3. Dänemark

Wie die dänische Parlamentarierin Ebba Strange unterstreicht, besteht in Dänemark durchaus eine Kontinuität der »antikapitalistischen« Bewegung. Die typische Nein-Wählerin im ersten Maastricht-Referendum 1992 war die Frau zwischen 30 und 50 Jahren. Sie ist berufstätig und entweder als Arbeiterin oder im öffentlichen Dienst beschäftigt.⁴

»In Dänemark gibt es den Begriff der 68er Generation. Diese Leute waren der Kern der Studenten- und Jugendunruhen und der neuen Frauenbewegung. Sie waren auch im Kern des EG-Widerstands. Sie sind der Grund dafür, daß die Frauen auf den Arbeitsmarkt kamen und auch heute noch dort sind. Sie sind der Grund dafür, daß der Anteil der Frauen an den politischen Posten stieg. Sie sind der Grund dafür, daß Frauen in Dänemark eher linksorientiert wählen als Männer. ... Viele von ihnen sind enttäuscht. Als sie ganz jung waren, stand ihnen die Welt offen. Seitdem haben sie wirtschaftlich schwere Zeiten mit wachsender Arbeitslosigkeit, sinkendem Einkommen und Privatisierung des öffentlichen Sektors erlebt. All das kam nach dem Beitritt Dänemarks zur EG. Sie haben nicht erlebt, daß die EG ihnen etwas Gutes gebracht hat. Sie können zwar sehen, daß die Bauern und Fabrikanten an der Mitgliedschaft verdient haben, doch sie können nicht sehen, daß sie selbst etwas davon gehabt hätten. Sie stimmen Nein. Sie glauben nicht, daß eine Union ihrem Alltag und dem Alltag ihrer Kinder nützen kann« (Strange 1993, 9).

Daß die unterschiedlichen Interessenlagen in der Bevölkerung Dänemarks zu einem polarisierten Stimmverhalten geführt haben, ist auch Meinung eines deutschen Pressekommentars:

»So stimmten vor allem gut verdienende Mittelklasse-Bürger für die Union und Gruppen mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen dagegen. Zum Beispiel Frauen, die von der in Dänemark über zehn Prozent liegenden Arbeitslosigkeit härter betroffen sind als Männer. Sie verbinden mit Begriffen aus dem EG-Vokabular wie »Union« und »Harmonisierung« vor allem, daß es mit ihnen in Dänemark erkämpften Rechten bergab gehen wird. Ähnliches gilt auch für andere schwache Gruppen, die um ihre bisher im dänischen Wohlfahrtsstaat vergleichsweise gut gesicherte Stellung unter dem Riesendach der EG fürchten« (*Weser-Kurier*, 4. Juni 1992).

Die Erfahrung, als Bürgerinnen Dänemarks das politische Leben noch einigermaßen überblicken, an politischen Entscheidungen auf lokaler, regio-

4 Strange stützt sich in ihrer Analyse auf eine differenzierte Auswertung der Universität Aarhus (1993).

naler und nationaler Ebene gerade als Frauen mitentscheiden zu können, letztlich auch die Erfahrung, als kleines umweltpolitisch und sozialstaatlich vorwärtsweisendes Land auf internationaler Ebene sehr wohl gehört zu werden, beeinflusst die Ablehnung des 'Eliteprojekts' Politische Union: »Das Abgeben von Macht durch das dänische Parlament an Brüssel bedeutet schlicht und ergreifend weniger Einfluß für Frauen. Trotz der männlichen Dominanz, die auch in der dänischen Politik existiert, haben in Dänemark, Norwegen und Schweden Frauen mehr als 30 % der Parlamentssitze dieser Länder gewonnen. Im Europaparlament...haben Frauen nur 19% der Sitze. In der Kommission gibt es nur zwei weibliche Kommissare von insgesamt siebzehn, die bei Fototerminen immer zuvorkommend in der ersten Reihe neben Delors plaziert werden. In Dänemark ist eine der Konsequenzen aus den letzten 10 bis 20 Jahren feministischer Debatte, daß für Frauen und nicht wenige Männer 'rein männliche' Organisationen ihre demokratische Legitimation verloren haben« (Dahlerup 1993, 29). Feministischer Widerstand gegen die EG in Dänemark organisiert sich nur zum Teil autonom, u.a. in der »Kvinnors Front« und in der alle skandinavischen Länder umfassenden Organisation »Kvinnors i Norden«; die Frauen sind auch in den Parteien und Bürgerbewegungen stark repräsentiert, dies könnte die Stärke des frauenpolitischen Votums in Dänemark günstig beeinflusst haben. Der organisatorische Kern des (linken) EG-Widerstands liegt bei der »Volksbewegung gegen die EG«, die sich bereits 1972 anlässlich des Referendums zum EG-Beitritt gründete und seither kontinuierlich arbeitete. Bei der ersten Direktwahl zum EP (1979) mobilisierte sie dafür, daß Dänemark die EG wieder verläßt und erhielt vier Mandate. Diese Abgeordneten der »Volksbewegung gegen die EG« haben die Arbeit der EG stets aus nächster Nähe verfolgt und kritisch die Beteiligung der dänischen Regierung daran kommentiert. Auf dieser Liste waren immer eine oder mehrere Frauen vertreten. Anlässlich des ersten Maastricht-Referendums im Juni 1992 hat sich parallel dazu die »Juni-Bewegung« formiert, in der ebenfalls viele Frauen mitarbeiten, eine prominente Sprecherin ist die Frauenforscherin Drude Dahlerup. Ihr Motto: »Ja zu Europa - Nein zu Maastricht.« Auch bei den dänischen Grünen und der Sozialistischen Volkspartei sind überproportional viele Frauen aktiv. Das Umschwenken der Socialistisk Folkeparti (SF), die beim ersten Referendum zum »Nein« aufrief, zu einem »Ja« beim zweiten Referendum, hat zu großer Irritation in der Linken geführt.⁵ Begründet wurde die Umorientierung mit den für Dänemark ausge-

5 Was die parteipolitische »Flexibilität« betrifft steht die SF allerdings nicht allein da. Es ist interessant, sich daran zu erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, die jetzt die Regierung stellt, noch 1986 beim Referendum zum Binnenmarkt dazu aufrief, mit Nein zu stimmen.

handelten Ausnahmeregelungen zum Unionsvertrag, bei denen die SF vorgibt, ihre Vorstellungen im wesentlichen durchgesetzt zu haben.

4. Dänemarks Ausnahmeregelungen - reiner Etikettenschwindel?

Acht dänische Parlamentsparteien (außer den Grünen und der Fortschrittspartei) hatten als Vorbedingung für ein erneutes Referendum zum Maastrichter Vertrag ein rechtsverbindliches Zusatzprotokoll zum Vertrag über die Europäische Union gefordert. Ein rechtswirksames Protokoll sei notwendig, weil aus verfassungsrechtlichen Gründen der Vertrag nicht ohne Änderungen einer zweiten Volksabstimmung unterworfen werden könne. Dies war ihnen von EG-Kommissionspräsident Delors in Brüssel zugesichert worden (*Frankfurter Rundschau*, 6. 11. 1992).

Auf dem Gipfel von Edinburgh im Dezember 1992 wurden Dänemark folgende Ausnahmeregelungen zugestanden:

- Das Recht, nicht an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen. Dänemark braucht seine Geldpolitik der Europäischen Zentralbank nicht zu unterstellen und auch nicht an der gemeinsamen europäischen Währung teilzunehmen.
- Dänemark führt nicht die vorgesehene »Unions-Bürgerschaft« ein. In einer einseitigen Erklärung machte Dänemark geltend, daß die Unionsbürgerschaft »an sich« einem Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedslandes kein Anrecht auf Erwerb der dänischen Staatsbürgerschaft gebe oder auf den »Erwerb von Rechten, Pflichten, Vorrechten oder Vorteilen, die aufgrund der verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und administrativen Vorschriften Dänemarks mit der dänischen Staatsbürgerschaft verbunden sind«.
- Dänemark beteiligt sich nicht an der gemeinsamen Verteidigungspolitik, auch nicht »an der Ausarbeitung und Durchführung von Beschlüssen und Maßnahmen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben.« Das Nato-Mitglied Dänemark wurde ausdrücklich von der Verpflichtung entbunden, der Westeuropäischen Union (WEU) beizutreten.
- Dänemark behält sich vor, an weitergehenden Formen der Kooperation im Justiz- und Polizeibereich nicht teilzunehmen.
- Schließlich wurde auf ausdrücklichen Wunsch Dänemarks durch den Europäische Rat in Edinburgh bekräftigt, daß der Vertrag von Maastricht die Mitgliedstaaten nicht daran hindere, »strengere Schutzmaßnahmen« in der Sozial-, Verbraucher- und Umweltpolitik beizubehalten. Auch sei es jedem Mitgliedsland unbenommen, seine »eigene Einkommensverteilungspolitik zu betreiben« und Sozialleistungen beizubehalten oder zu verbessern (FAZ, 18. 5. 1993).

Mit ähnlichen Horrorszenarien wie die konservative Regierung Schlüter, die mit apokalyptischen Vorhersagen für den Fall eines »Nein« beim ersten Referendum gedroht hatte, versuchte die sozialdemokratisch geführte Regierung Rasmussen vor der zweiten Volksabstimmung die Bevölkerung zu einem »Ja« zu bewegen. Ein erneutes Maastricht-Nein, so besagte ein kurz vor der Abstimmung breit publiziertes Gutachten des Finanzministeriums, werde zu einem Rückgang des Wachstums um sieben bis acht Prozent, 150.000 zusätzlichen Arbeitslosen, wirtschaftlicher Isolation und hohen Exporteinbußen führen. Dänemarks Landwirte verlören den Zugang zu den europäischen Märkten, den Fischern blieben internationale Gewässer ver-

sperrt, Auslandsinvestoren zögen sich zurück. Kurz: es drohe eine Rezession schlimmer als während des Ölpreisschocks der siebziger Jahre. Gleichzeitig legte die Regierung einen materiellen Köder aus: Für den Tag nach dem Referendum wurde im Falle eines »Ja« die Vorlage einer Steuerreform versprochen. Diese werde für alle Bevölkerungskreise erhebliche Steuererleichterungen bringen.

Diese Doppelstrategie verfehlte ihre Wirkung nicht: Die Regierung Rasmussen verbuchte die 56,8 % Ja und 43,2 Prozent Nein-Stimmen als ihren Erfolg. Es war gelungen, bei Männern wie bei Frauen fünf Prozent der Stimmberechtigten zu einer Änderung ihres Votums gegenüber dem ersten Referendum zu bewegen. Die geschlechtsspezifische Aufschlüsselung zeigt, daß 52% der Frauen und 62 % der Männer mit »Ja« gestimmt hatten; das heißt, es bestand weiterhin eine deutliche Geschlechterdifferenz von 10 Prozent (Gallup-Survey. Exit poll. Referendum 1993, 18.Mai 1993). Wie Drude Dahlerup, eine der SprecherInnen der »Juni-Bewegung bei ihren öffentlichen Auftritten immer wieder herausstellte, ist die mit dem Maastrichter Vertrag angestrebte Politische Union mit Souveränitäts-, Demokratie- und Wohlfahrtsverlusten verbunden. Mit den Edinburgh Sonderregelungen sei die Bevölkerung getäuscht und über den Tisch gezogen worden. Die Edinburgher Erklärung sei juristisch wertlos, ein völkerrechtlich unverbindlicher Vertrag. Dabei stützt sie sich auf Urteile britischer und dänischer Juristen und auf Vertreter der EG-Kommission, die in der letzten Zeit mehrfach äußerten, bei den vier Ausnahmen handle es sich um ein völkerrechtlich zweifelhaftes, politisches Entgegenkommen an die Dänen (FAZ, 18. 5. 1993).

Es spricht für diese Einschätzung, wenn man hört, daß bereits am Tag nach dem zweiten Referendum eine Kampagne zur Abschaffung der dänischen Ausnahmeregelungen eröffnet wurde. Initiator ist niemand geringeres als der ehemalige Außenminister Elleman Jensen von der liberalen Venstre-Partei, der zusammen mit den Konservativen und den zur Regierungskoalition gehörenden Zentrumsdemokraten das Ziel verfolgt, bis zum erneuten Referendum im Jahr 1997 die Dänemark eingeräumten Sonderregelungen zu Fall zu bringen, insbesondere jene, die Dänemark von der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und der Währungsunion ausschließen (FAZ 21. Mai 1993).

Aber auch die Volksbewegung gegen Maastricht ist nach dem zweiten Referendum keineswegs am Ende. Ein Spezifikum Dänemarks dürfte sein, daß fünf Listen den Wahlkampf zur Europawahl 1994 vorbereiten, die als

dezidierte Gegner, einer Europäischen Union⁶ auftreten: Dies sind die Grünen; die Enhedslisten, aus dem linkssozialistischen und kommunistischen Spektrum; die Midter-Parti, mit dem bekannten Bürgerrechtler Niels I. Meyer, Mitautor des Buches *Aufruhr der Mitte*.⁷ Schließlich gründete sich 1993 eine Neue Mitte-Partei (Nyt Midter Parti), die ein ökologisches Programm verfolgt. Sie fordert Wachstums-, Einkommens- und Konsumverzicht und Umverteilung der Arbeit durch längere Urlaubszeiten, da eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung in höherer Arbeitsintensität münde. Auf der äußersten Rechten bekämpft die aus der Steuerpartei hervorgegangene Fortschrittspartei (Fremdskridtpartiet) den Maastrichter Vertrag mit nationalistischen Argumenten.

5. Schweizer direkte Demokratie nicht europafähig?

Wie Mascha Madörin für die Schweizer EWR-Abstimmungsdebatte im Herbst 1992 dargelegt hat, gab und gibt es in der schweizerischen oppositionellen Szene immer mehr Frauen, die den Anspruch stellen, in allen Fragen Politik zu machen und sich trotzdem gleichzeitig auf Frauenrealitäten zu beziehen. Schon beim IWF-Referendum habe es eine Frauenkoalition gegen IWF und Weltbank gegeben, durch deren Existenz Frauen als eigenständige »Citoyennes« aufgetreten seien. Sie hätten versucht, einem männer- und männlichkeitsdominierten politischen Diskurs eine eigene, frauenbezogene Mobilisierung entgegenzustellen (Madörin 1992, 156).

Für die eidgenössische EWR-Debatte im Herbst 1992 sei die Tendenz unübersehbar gewesen, »mit Metaphern, Allgemeinphrasen und Leerformeln die notwendige positive Stimmungslage zu erzeugen - und dann mit star-

6 Das im Maastrichter Vertrag enthaltene Abkommen über die Sozialpolitik zwischen elf Mitgliedstaaten - Großbritannien hatte sich wieder verweigert - ermöglicht nun, Entscheidungen in so genannten »sozialpolitischen Sachfragen« wie Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen, Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer, Chancengleichheit für Männer und Frauen und berufliche Eingliederung von Arbeitslosen mit qualifizierter Mehrheit im Rat abzustimmen. In diesen Fragen erhält das EP ein eingeschränktes Veto - und Änderungsrecht. Macht es von diesem Recht Gebrauch, so kann der Rat in zweiter Lesung nur einstimmig bestimmen. Es spricht für sich, daß der Rat in den heiklen sozialpolitischen Streitfragen - wie Tarifrecht, Kündigungsschutz, kollektive Interessenvertretung und Streikrecht weiter hin einstimmig beschließt. EP und Wirtschafts- und Sozialausschuß haben in diesen Fragen nur ein Anhörungsrecht. Wie Winter darlegt, gilt in der Kompetenzaufteilung im EG-Rahmen das sehr undemokratische Prinzip, »daß das europäische Parlament umso weniger beteiligt wird, je grundsätzlicher die Angelegenheit ist« (Winter 1992, 193).

7 *Aufruhr der Mitte - Modell einer künftigen Gesellschaftsordnung* erschien in Dänemark im Februar 1978 und war die Buchsensations. Noch im selben Jahr wurden mehr als 100.000 Exemplare verkauft. Außerdem sind drei Bücher über dieses Buch erschienen. Die deutsche Fassung ist 1979 als Taschenbuch im Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg erschienen.

ken Ängsten vor Arbeitslosigkeit, Rechtsradikalismus und AusländerInnenhaß gegen ein EWR-Nein zu operieren. Umso weniger durfte zugelassen werden, daß von unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen hinsichtlich des EWR gesprochen werden konnte, und umso heikler war der Umgang mit Dissens und Geschlechterdifferenz« (Madörin 1992, 153).

Für die helvetische Diskussionskultur sei bezeichnend gewesen, den Beitrittsgegnerinnen Emotionalität, gutgemeinte, irrealer utopische Träume, falsche Idealisierungen schweizerischer Realitäten und vor allem fehlende Alternativen und Perspektiven vorzuhalten (Suter 1992). Die Eidgenossinnen polarisierten sich also an der EWR-Frage: Entschiedene Befürworterinnen eines EWR-Beitritts waren die Frauen der Sozialdemokratischen Partei (SP) und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).

Unter den Befürworterinnen befanden sich auch viele arrivierte freisinnige und sozialdemokratische Politikerinnen und Vertreterinnen der Wirtschaft, die im Herbst 1992 ein Komitee »Schweizer Frauen für den EWR« gründeten, unter ihnen die Gewerkschafterin Christiane Brunner, die Frauensekretärin des Schweizer Gewerkschaftsbundes (SGB) Margit Meier und Judith Stamm, die Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Die Frauen dieses Komitees brachten vor, daß das 'dynamische Binnenmarktprojekt' einige der in der Schweiz besonders ausgeprägten zünftigen Vorschriften in der Berufsausbildung und -ausübung beseitigen würde, die die Integration der Frauen in die Arbeitswelt noch behindere (Suter 1992). Schweizer Frauen hätten von Europa mehr zu gewinnen als zu verlieren. Die EG habe »griffigere« Rechtsinstrumente zur Durchsetzung der Gleichstellung, z.B. die Rechtsfigur der indirekten Diskriminierung (Sozialdemokratische Frauen 1990).

Andererseits entwickelten sich 1991/92 eine Fülle von Anti-EWR und EG-Initiativen und Frauenkampagnen, die sich mit der Tatsache auseinandersetzten, daß die Schweizer Regierung Positionen, die noch kurz zuvor als sakrosankt galten (»Neutralität«), inzwischen wie heiße Kartoffeln fallen gelassen hatte. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u.a. das »Frau-Forum: Die EG als Herrschaftsprojekt« in Bern (1991), die Initiative »Frauenblick Schweiz - Europa« (1992), der »Schweizer Frauenrat für Außenpolitik«, die »Frauengewerkschaft Schweiz«⁸ und die »BürgerInnen-Bewegung für ein Europa ohne Gewalt: direktdemokratisch, armeefrei, ökologisch und solidarisch« mit ihrer Zeitschrift »Eurotopia«.

8 Die Frauengewerkschaft Schweiz wurde 1988 gegründet und kämpft gegen die Mißachtung und Unterbezahlung der Frauen in der Arbeitswelt. Sie steht grundsätzlich allen Frauen offen.

Während die Haltung bei den Männern der Grünen-Partei zum EWR eher geteilt war, gaben die Frauen der Grünen Partei im Oktober 1992 ein einmütiges Votum ab, gegen den EWR-Vertrag zu stimmen (Tagung der Frauen der Grünen Partei in der Schweiz (GPS) vom Oktober 1992; Am 7. November 1992 organisierte ein breites Frauenbündnis⁹ in Bern einen »Großen Markttag kritischer Frauen zu Europa-Fragen«, der beachtlichen Zulauf fand (1000 Frauen). Diese Veranstaltung verfolgte das Ziel, Frauen eine Möglichkeit intensiver Auseinandersetzung mit Fragen des EWR und der EG zu geben. Wie es in dem Pressecommuniqué heißt, wuchs »bei den Frauen die Überzeugung, daß der EWR auch in der Schweiz die Arbeitssituation und Lebensbedingungen entscheidend verändern wird - in erster Linie zu ungunsten der Frauen - entgegen anderslautenden Prognosen, die von wirtschaftlichem Wachstum, positiver Arbeitsplatzentwicklung und wachsendem Wohlstand sprechen« (Europa-Markt-Frauen-Pressecommuniqué vom 7.11.1992).¹⁰

6. Flucht aus dem Nationalstaat - Flucht vor dem Volk

Der Mangel an Demokratie in der EG und die unverhüllte Demokratie-Demontage, von Politikern und Leitartiklern in der Schweiz elegant als die »Beschränkung der Volksrechte auf das Wesentliche« gepriesen, wurde von Stella Jegher, einer der Organisatorinnen des Markttag und der grünen Nationalrätin Rosmarie Bär-Schwab als wesentliches frauenpolitische Argument gegen einen EWR-Beitritt angeführt:

»Vom Defizitdefizit der EG - ganz zu schweigen vom EWR - war schon häufig die Rede. Was weniger deutlich wird, ist, daß dieses 'Defizit' nicht in mangelnden Institutionen, sondern im Charakter des Projekts an sich begründet liegt. Der europäische Binnenmarkt ist nach dem Muster eines Großkonzerns konstruiert: mit zentralem Management, Herstellung einer 'Corporate Identity' und Investitionen nach Profitkriterien. Das macht die Frage nach Demokratie an sich schon hinfällig, ist doch die Organisation des modernen Wirtschaftslebens die 'Antithese zur Demokratie' schlechthin« (Jegher 1992).

Rosmarie Bär-Schwab berichtete auf dem »Markttag« aus eigener Anschauung im Schweizer Nationalrat (Parlament), wie die EG bereits heute als »Demokratie-Vernichtungs-Maschine« wirkt und welche Folge ein »Ja« zum EWR-Vertrag für die basisdemokratischen Verfahren hätte:

9 Organisatorinnen waren die cfd-Frauenstelle, Frauen für den Frieden, die Frauengewerkschaft, Frauen der internationalen Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung, Bern; Frauenliste Basel, Frauen macht Politik Zürich, Frauenrat für Außenpolitik; Redaktion Frauenblick Schweiz - Europa; Schweizerischer katholischer Frauenbund, Verband für Frauenrechte und die Vereinigung aktiver Staatsbürgerinnen.

10 Es wird auch Gewinnerinnen eines Gemeinsamen Europäischen Marktes geben. Hierzu werden insbesondere qualifizierte Frauen in den europäischen Zentren gehören, die in den Bereichen Banken, Versicherungsgewerbe, Marketing tätig sind.

»Wenn ich gesagt habe, wir müssten 80 Prozent des bestehenden EG-Rechts tel quel übernehmen, so ist das nicht die einzige schlechte Nachricht. Der EWR ist ein einseitiger Vertrag, der uns keinerlei gleichberechtigte und partnerschaftliche Mitsprache zugesteht. Die Pflicht zur passiven Übernahme von EG-Recht gilt auch in Zukunft. Künftiges EG-Recht müssen wir ohne jegliches Mitentscheidungsrecht übernehmen. Mit dem EWR müssen wir Ja sagen zur Übernahme von Rechtsakten, die wir noch gar nicht kennen und bei deren Ausarbeitung wir nicht mitentscheiden können. Die EG-Minister bleiben die Herren der Rechtsetzung, im doppelten Sinne des Wortes. Deshalb ist das Argument der Beitrittsbefürworter, wir müssten beitreten, um mitentscheiden zu können, und wir müssten hineingehen, um verändern zu können, ein Scheinargument. Was uns als Selbstverständlichkeit erscheint, partnerschaftliche Zusammenarbeit, ist und bleibt beim EWR eine reine Illusion. Ich glaube nicht, daß einer der Bundesräte oder einer der Staatssekretäre als Privatperson einen Vertrag unterzeichnen würde, der dem Partner das Recht zugesteht, den Vertrag jederzeit einseitig abändern zu können. In wichtigen Fragen werden wir also in Zukunft unsere Gesetze aus der Transferküche von Brüssel geliefert bekommen. Das ist die Selbstentmachtung der Politik. Unser Parlament wird zur Sanktionspassage für fremdes Recht. Das Parlament und der Bundesrat werden zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Für alles, was aus Brüssel kommt, sind wir nicht verantwortlich, und in Brüssel selber können wir niemand behaften. Es entsteht ein politisches Niemandsland« (Bär-Schwab 1992, 5-6).

Die Psychotherapeutin Carola Maier-Seethaler ging auf dem 'Markttag' unter anderem der Frage nach, welche Motive und welcher ökonomische Druck hinter der Bereitschaft der »politischen Klasse« der Schweiz stehen könnten, die politische Macht nach Brüssel abzugeben und sich aus der Verantwortung zu stehlen:

»Es sind ja gerade die Computertechnik und die Gentechnologie, welche künftig die höchsten Marktgewinne versprechen und deshalb die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftsmächten am stärksten anheizen. Heute stellt die EG nicht zuletzt einen Zusammenschluß der Europäer gegen die Rivalen USA und Japan auf dem Markt dieser Spitzentechnologien dar. Deshalb kommt für die Wirtschaftsvertreter alles darauf an, jedwelche Hindernisse auf dieser Rennstrecke zu beseitigen. Eines der entscheidenden Hindernisse bildet die fehlende politische Akzeptanz solcher Technologien. Seit sich in verschiedenen Ländern, besonders auch in der Schweiz, ein breiter Widerstand gegen die Atomtechnologie gebildet hat, und nun auch weite Bevölkerungskreise die ethischen Bedenken teilen, die gegen die Gentechnologie vorzubringen sind, bietet sich für die Industrie der EWR als rettende Perspektive an. In den EG-Regelungen für den Binnenmarkt sind bis jetzt für den Sektor Gentechnologie keine ethischen Bedingungen festgelegt und die Patentierbarkeit von genmanipulierten Lebewesen ist am europäischen Patentamt in München bereits Realität. Auch bei der Anpassung des Schweizer Rechts an das EWR-Recht, das in den vergangenen Wochen in geradezu unanständiger Eile im Parlament durchgepeitscht wurde, blieben die mahnenden Stimmen weitgehend auf der Strecke. Zwar ist für gentechnologische Bewilligungsverfahren eine Fachkommission vorgesehen, die sich aus unterschiedlichen Interessenvertretern zusammensetzen soll, doch hat sie lediglich beratende Funktion und kein Einspruchsrecht. Aus diesem Grund lohnt es sich für die interessierten Kreise durchaus, die Flucht aus dem Nationalstaat zu ergreifen, notabene aus einem Nationalstaat, in dem das Volk direkte politische Mitspracherechte besitzt. ... Der EWR oder die EG verspricht wesentlich mehr Bewegungsfreiheit und weniger Bedenklichkeit für Forschung und Industrie, jedenfalls so lange, wie die EG-Bestimmungen nicht auf parlamentarisch-demokratischen Weg zustandekommen« (Maier-Seethaler 1992, 5-6).

In der Auswertung des »Markttag« wurde festgehalten, daß trotz intensiver Pressearbeit vor und nach der Konferenz das öffentliche Echo enttäuschend war. Verschiedene Journalistinnen hätten zwar Interesse gezeigt,

aber bemerkt, daß es schwierig sei, einen kritischen Artikel zur Thematik »EWR und Frauen« zu plazieren. Die Organisatorinnen schlußfolgern:

»Diese Bilanz erhärtet für uns die Tatsache, daß Meinungsäußerungen in der öffentlichen Presse manipuliert werden. Wir halten fest, daß das Interesse der Presse nur am 'Blocher-Nein' vorhanden ist, auf ein Nein aus feministischer kritischer Sicht wird bewußt nicht eingegangen« (Europa-Markt - Frauen. Protokoll der Arbeitssitzung vom 17. 11. 1992).

6. Das Austro-Patriarchat will ins Euro-Patriarchat eingehen

Auch in Österreich gibt es intensive Diskussionen über die Frage des Beitritts zur EG: In dem Beitrittsgesuch Österreichs von 1989 war noch ein »Neutralitätsvorbehalt« erklärt worden. Inzwischen wird der Staatsvertrag von 1955 mit der dort fixierten Neutralitätsklausel von der ÖVP und Teilen der SPÖ in Frage gestellt. Angesichts des Niedergangs der Sowjetunion sei die österreichische Neutralität überflüssig geworden. 1992 hielt die österreichische Regierung es für geboten, eine große Werbekampagne für den Beitritt zur EG durchzuführen, um den Menschen den EG-Beitritt schmackhaft zu machen.

Ökologische, feministische und gewerkschaftliche Gruppen sehen umgekehrt erhebliche Gefahren für die österreichische Landwirtschaft, die verstaatlichte Industrie und für die Umwelt. Die sozialpolitische Debatte entzündet sich weniger an den existierenden EG-Normen als an der Tatsache, daß es nur wenig verbindliche europäische Sozialnormen gibt, die eine Verschlechterung der Situation der unselbständig Erwerbstätigen verhindern könnten. Befürchtet wird, daß im Zuge der Liberalisierung der Dienstleistungen fremde Unternehmen mit ihren Arbeitskräften ins Land strömen. Dies könne den Druck auf Arbeitsmarkt und Lohnniveau verschärfen, zum »sozialen Dumping« sowie zur »Flucht aus der Mitbestimmung« durch Verlegung von Betrieben ins Ausland führen.

Angesichts der Erfahrungen des dänischen Referendums wurde eine Volksabstimmung vor Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EG gefordert. Als Stolperstein in Richtung EG könnte sich der Alpen transit erweisen, da die Regierung aufgrund des immer stärker werdenden Drucks der Bevölkerung kaum bereit sein dürfte, die von der EG geforderte volle Freizügigkeit für den Fernlastverkehr auf den Transitstraßen zuzulassen. So wurden im Sommer 1991 in kurzer Zeit 100.000 Unterschriften gegen den die Umwelt immer stärker belastenden Transitverkehr durch Österreich gesammelt. Österreichische Meinungsumfragen seit 1991, in denen die Haltung zur EG nach Geschlechtern getrennt ausgewertet wird, bestätigen

11 Blocher ist ein konservativer Schweizer Unternehmer, dessen rechtspopulistische Anti-EWR-Argumentation große öffentliche Resonanz in den Medien fand.

die durchweg skeptischere Einstellung der Frauen bezüglich der politischen Folgen eines EG-Beitritts (Institut für Konfliktforschung 1992). Unverkennbar ist, daß die Zahl der GegnerInnen eines EG-Beitritts wächst, dennoch verhandelt die österreichische Regierung mit der EG.

Entsprechend einer 1992 durchgeführten Umfrage waren mehr als 60 Prozent der stimmberechtigten ÖsterreicherInnen gegen einen Beitritt ihres Landes zur EG (FAZ, 20. 2. 1992). Frauenpolitische Diskussionsbeiträge zum EG- Beitritt finden sich im *Kurswechsel*, herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), in der *Stimme der Frau*, der *AUF* und in der *Wienerin*. Aufmacher der *AUF*, einer feministischen Zeitschrift: »Frauen und EG - Kein Anschluß unter dieser Nummer«. In fünf Beiträgen wurde retrospektiv die bisherige Frauenförderpolitik der EG unter die Lupe genommen. Der Artikel »Prost Mahlzeit - was die ÖsterreicherInnen im Jahr 2000 auf ihren Tellern finden« spricht die Risiken der gentechnisch hergestellten Nahrungsmittel an. Mit dem Beitritt zum EG-Binnenmarkt würde Österreich mit einer Vielzahl künstlicher Nahrungsmittel überschwemmt. Die KonsumentInnen, die sich bisher einigermaßen darauf verlassen konnten, daß die im Handel erhältlichen Produkte gesundheitlich unbedenklich sind, müßten sich auf neue Zeiten einstellen (Autorinnen - *AUF* 1992, 23).

Unter der Überschrift »Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - Gepflegter Irrsinn?« brachte Ursula Kubes-Hoffmann in einem ironischen Essay auf den Punkt, wie ein entpolitisierter Feminismus - neben dem staatlich geschürten Rassismus und Nationalismus - für die Europapolitik der Multis instrumentalisiert wird.

»Zielgruppe sind derzeit auch die Frauen. Das Geschäft mit ihnen im angeblich hochzivilisierten und demokratiegeübten Norden und Westen ist hoch im Kurs: geworben wird mit Frauenförderungsprogrammen, die im Treibhaus von Entpolitisierung des Privaten, zunehmender Umgehung von Arbeitsschutzbestimmungen und Aufrufen zu selbständigen Kleingewerbetätigkeiten - quasi als Alternative zum geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt...ihrer Zugkräftigkeit ..nicht entbehren. Das Oszillieren zwischen den drei K's von anno dazumal und den heutigen, mit attraktiven Accessoires ausgestatteten, genannt Karriere, Kompetenz, Kommerz ist wohlüberlegtes Kalkül in den Stellungskriegen rechter wie linker Parteien, die sich die 'Frauenfreundlichkeit' zur Imageverbesserung auf die Fahne heften« (Kubes-Hofmann 1991).

Die fundiertesten Überlegungen zum Maastrichter Vertrag hat die Ökonomin Elisabeth Klatzer vorgelegt. Sie hält das Scheitern des Vertrags von Maastricht für eine unabdingbare Voraussetzung für eine langfristig sinnvolle Gestaltung der europäischen Integrationspolitik und spitzt ihre Kritik an den währungspolitischen Beschlüssen von Maastricht in folgenden Thesen zu (Klatzer 92): Das »Diktat« der vier »Freiheiten« ist im Bereich des Kapitalverkehrsfreiheit zu durchbrechen. Sinnvolle europäische Rahmenbedingungen für die Wirtschafts- und Währungspolitik sind an eine Regu-

lierung des Kapitalverkehrs auf europäischer Ebene gebunden. Die Gründung einer Europäischen Währungsunion (mit einheitlicher Währung) setzt einen funktionierenden Finanzausgleich auf europäischer Ebene voraus. Die absehbaren Nachteile der WWU könnten durch verspätet fließende bzw. zu geringe ausgleichende Finanzströme die divergierende Entwicklung in Europa und die man gelnde Manipulierbarkeit regionaler Störungen und Schocks noch verstärken. Die im Maastrichter Vertrag festgeschriebenen Konvergenzkriterien tragen in unübersehbarer Deutlichkeit die Handschrift eines wirtschaftlichen Programms, das den einzelstaatlichen Regierungen wichtige fiskalpolitische Instrumente zur Bewältigung ihrer realwirtschaftlichen Probleme aus der Hand nimmt. Anstatt die Handlungsmöglichkeiten und -effizienz der problemnäheren Akteure zu vergrößern, würden die Regierungen zu Nichttätigkeit gezwungen. Sinnvollere Vorbedingungen (Konvergenzkriterien) für die Einführung einer gemeinsamen Währung wären hoher Beschäftigungsstand, Mindestlohnquote, Mindeststandards im Bereich der sozialpolitischen Regelungen, Mindestnormen im Umweltschutz, relative Preisstabilität und ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum in allen Mitgliedstaaten (Klatzer 1992, 82-83).

7. Deutschland

Während in Dänemark und der Schweiz dank der Volksabstimmungen immerhin noch die Chance zur breiten Debatte fundamentaler Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung gegeben war, war in der Bundesrepublik von einer entfalteten Diskussion zum Maastrichter Vertrag nicht zu reden. Zur Nichtthematisierung der vitalen politischen und verfassungsrechtlichen Fragen durch die »politische Klasse« gesellte sich die Tendenz zur permanenten Rechtsverletzung sowohl in bezug auf die nationale Verfassung wie die suprastaatlichen Planungen. Der Maastrichter Vertrag ist nur dank der Klagen der Grünen und des Liberalen Brunner vor dem Bundesverfassungsgericht im Juni 1993 noch einmal Gegenstand der öffentlichen Erörterung geworden, allerdings war auch diese Debatte auf kleine Expertenkreise begrenzt. Entsprechend gib es auch nur vereinzelte feministische Beiträge, in denen auf die spezifischen Risiken einer monetaristischen Wirtschafts- und Währungspolitik gerade für Frauen verwiesen wird (Bohnenkamp 1992, Goerlich 1993, Hörburger 1992, Schunter-Kleemann 1993).

Annette Goerlich, Frauenreferentin für die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, unterstreicht, daß die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien auf eine antiinflationäre Wirtschaftspolitik und geringe Staatsverschuldung der EG-Länder zielen. Dadurch erhöhe sich der

Druck auf die Mitgliedsländer, ihre Staatsausgaben zu reduzieren, was sie vorzugsweise durch Einsparungen im sozialen Bereich und durch Privatisierung öffentlicher Betriebe und Dienstleistungen umsetzen. Frauen seien davon doppelt betroffen; einerseits, weil sie Dienstleistungen dann wieder unentgeltlich privat übernehmen müßten und andererseits, da sie im öffentlichen Dienst, in den Verwaltungen, im Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen überdurchschnittlich beschäftigt seien (Goerlich 1993, 15). Ulrike Bohnenkamp arbeitet in ihrem Beitrag «Europa im Umbruch neue Dimensionen der Frauenpolitik?» heraus, daß der Fortgang der EG-Entwicklung die Normierung auf einen radikalen Effektivitätstyp forcieren. Der für Frauen wichtigste Punkt sei die Frage nach dem Charakter der europäischen Integration. Es sei wohl davon auszugehen, daß mit den jetzt absehbaren Linien der zukünftigen EG-Entwicklung eine »Modernisierung« à la Bundesrepublik auch in den anderen Ländern mittelfristig beabsichtigt sei. Wenngleich die Vereinheitlichung der nationalen Regulierungssysteme (Steuern, Sozialleistungen) nicht Gegenstand der Integrationsvorhaben sei, werde ein Element dieser Entwicklung die Ausdehnung eines starken Effektivitätsdenkens sein. Die Effektivitätsanforderungen (zur Erzielung eines angestrebten wirtschaftlichen Wachstums) blieben allerdings nicht auf den eigentlichen Produktionsbereich beschränkt, sondern würden auf viele Lebensbereiche übergreifen. ... Diese Trends seien für Frauen zwiespältig, sie beinhalteten die Chance zur Selbstverwirklichung im Beruf ebenso wie die Gefahr der Ausgrenzung. Alle EG-Ökonomien seien heute patriarchalisch verfaßte Ökonomien, die in ihrer Grundtendenz die Privatsphäre der Erwerbssphäre unterordneten, um ein bestimmtes Leistungsbild, ein bestimmtes Effektivitätsmaß in der Erwerbssphäre realisieren zu können. Personen, die infolge »privater Einschränkungen« welcher Art auch immer dieses Leistungsniveau nicht erbringen könnten oder wollten, würden vom sogenannten »Normalarbeitsverhältnis« ausgegrenzt (Bohnenkamp 1992, 23-24).

Abschließend soll auf Überlegungen der Währungsexpertin Renate Ohr eingegangen werden, die eindringlich vor den Risiken der geplanten Währungsunion warnt. Für die Binnenmarkt-Befürworterin Ohr sind Binnenmarkt und Währungsunion zwei völlig unterschiedliche ökonomische Projekte. Sie weist daher das Argument zurück, daß ein Scheitern der Währungsunion auch den Binnenmarkt in Gefahr bringe. In der EG sei ein Integrationsstand erreicht, der in dieser Form wohl einmalig ist zwischen einer Gruppe ansonsten noch souveräner Staaten, und dieser Integrationsstand sei absolut unabhängig vom Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein des Vertrags von Maastricht und einer gemeinsamen Währung (Ohr 1993, 2). Sie sieht ebenfalls die Gefahr, daß eine übereilte Währungsunion zu ver-

stärkten regionalen Ungleichgewichten in Europa und, damit verbunden, zu erheblichen sozialen und politischen Spannungen führen könne. Die geplante Eurowährung werde eine instabile Währung sein und damit die ökonomische Leistungsfähigkeit sowie die politische Stabilität Europas schwächen.

Jüngste Veröffentlichungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel vom Juni 1993 bestätigen diese Einschätzungen. Die BIZ zieht aus ihrer Untersuchung der beispiellosen Wechselkurskrise in Europa das Fazit, daß unrealistische Konvergenzerwartungen aus den Verträgen von Maastricht Mitschuld an den Währungsturbulenzen der letzten Monate tragen. Die politischen Festlegungen von Maastricht hätten von der fundamentalen Tatsache abgelenkt, daß sich die Konvergenz in der EG nur langsam und ungleichmäßig vollziehen könne. Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung meint, werde zwar im BIZ-Bericht nicht offen ausgesprochen, aber man könne es zwischen den Zeilen deutlich lesen: Die Maastrichter Verträge, die integrierend wirken sollten, hätten zunächst das Gegenteil verursacht, nämlich Munition für die Devisenspekulation geliefert. Die aggressiven Finanzmärkte mit ihrem großen Volumen würden seither die Politik der Zentralbanken erheblich beeinträchtigen. Selbst Währungen, wie etwa der Franc, bei denen die Eckwerte und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durchaus stimmten, würden von der Devisenspekulation aufs Korn genommen. Für die Verschlechterung des Geschäfts- und Verbraucherklimas in Europa seien die Maastrichter Verträge daher mit verantwortlich zu machen (FAZ, 15. 6. 1993).

8. »Wir sind stolz darauf Europäer zu sein« oder: wie die EG Vertrauens zurückgewinnen will

Der bei den Maastricht-Referenden unübersehbare Vertrauensverlust der EG-Behörden veranlaßte die EG-Kommission 1992, eine »größtenteils unabhängige«(!) Expertengruppe einzusetzen, mit dem Ziel, die Ursachen für gewachsene Vorbehalte der Bürger in der EG herauszufinden. Im März 1993 legte die Sachverständigengruppe unter Vorsitz des belgischen Liberalen Willi De Clercq (Mitglied des EP) ihren Bericht »Überlegungen zur Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Gemeinschaft« vor, der sowohl eine Bestandaufnahme der gegenwärtigen Informationspolitik auf Gemeinschaftsebene enthält als auch Vorschläge für eine künftige Medien- und Öffentlichkeitsarbeit entwickelt (Le Clercq-Bericht 1993).¹²

¹² Mitglieder der Sachverständigengruppe waren u.a. die Liberale Colette Flesch (EP) und Jean Dondelinger (EG-Kommissar für Audiovision, Information, Kommunikation und Kultur).

Ausgangspunkt dieses Berichts ist zunächst die Vermutung, »daß die Bürger in Bezug auf Europa und die europäischen Themen stark verunsichert« seien, daß sie die europäische Integration »zum erstenmal nicht mehr rückhaltlos unterstützen« (Vorwort).¹³

Bezeichnend ist nun der strategische Ausgangspunkt des Berichts, der zunächst die ungünstigen Abstimmungsergebnisse in »ein Informationsdefizit der Bürger« umdeutet und vorgibt, ein Konzept für eine bessere Informationspolitik der EG entwickeln zu wollen. Der Bericht soll hier etwas ausführlicher dargestellt werden, weil er auf erschreckende - oder amüsante - Weise erhellt, wie Teile der EG-Behörden sich den »verbesserten Dialog mit dem Bürger« vorstellen.

In der Bestandsaufnahme wird festgestellt, daß »das europäische Einigungswerk sich in einer kritischen Lage« befinde. Der EG mangle es an »Glaubwürdigkeit, Attraktivität und Unterstützung durch die Öffentlichkeit«, an die Stelle der an den Binnenmarkt geknüpften Hoffnungen und Erwartungen« seien Enttäuschung und Ernüchterung getreten.¹⁴ Viele Bürger hätten das Gefühl, »daß ihnen etwas, von dem sie sehr wenig wissen und zu dem sie nicht nach ihrer Meinung gefragt wurden, 'von oben', d.h. von Brüssel aufgezwängt wird.« (S.1) Bei den Menschen sei ein Zugehörigkeitsgefühl zu Europa kaum spürbar, sie hätten die »europäische Identität noch nicht verinnerlicht« (S.2).

Einer zweiten Gruppe, die bereits europäisch fühle, aber ebenfalls frustriert sei, wird allerdings eine gewisse Teilschuld an der »bisher unzureichenden Informationsarbeit« angelastet: »Die für den Aufbau Europas zuständigen Politiker und Beamten fühlen sich unverstanden. Doch ihre Mitteilungen beschränken sich nach wie vor auf trockene, unverständliche Informationen. Sie erwarten offenbar, daß andere ihre Botschaften für die Öffentlichkeit »aufbereiten«. Doch Journalisten können aus langweiligen Informationen keine spannenden Nachrichten machen« (S.3). Es gelte also, das derzeitige Informationsmanagement zu verbessern, um die gegenwärtige Krise abzuwenden. Ansonsten werde die Kluft zwischen den europäischen Instanzen und der Öffentlichkeit noch größer (S.2). Der Bericht spitzt seine Kritik an der EG-Kommission auf die These zu, daß sie für das »falsche Produkt« geworben habe. »Maastricht verkaufen zu wollen, ist ein falscher

13 Alle folgenden Zitate sind dem De Clercq-Bericht entnommen.

14 Auch die letzte Ausgabe des Euro-Barometers (37/1992), mit der die EG die Haltung der Bürger zur EG zu erfassen versucht, zeigt, daß Frauen der »europäischen Idee« weniger positiv gegenüberstehen als die Männer. Frauen seien auch negativer gegenüber dem einheitlichen Binnenmarkt eingestellt: Nur 34 % hätten eine positive Haltung im Verhältnis zu 43% bei den Männern. Allgemein sei zu erkennen, daß die positive Einstellung mit dem Einkommensniveau und der sozialen Führungsposition zunehme (Frauen Europas Info 31, Januar-Februar 1993)

Ansatz« (S.4). Vertragstexte seien für den Bürger viel zu technisch und ohne Bezug zu seiner Lebenswirklichkeit. Es gehe darum, die Vorzüge herauszustellen, die die 'Europäische Union' dem einzelnen Bürger biete (S.4). »In der Öffentlichkeit müsse die Europäische Union als »gutes Produkt« dargestellt werden (S. 13). Der Begriff »Europäische Union« sei in allen Mitteilungen zu verwenden. Abwertende, negativ besetzte oder veraltete Bezeichnungen wie »EWG« sollten vermieden werden. Der Begriff »Europäische Union« müsse immer wieder in Zusammenhang mit den Begriffen »Solidarität«, »Harmonie« und »Gemeinsames Handeln« »Fortschritt«, »Wohlstand« und »Schutz« in die Medien gebracht werden. Nicht uninteressant sind die Assoziationen, die beim Bürger hervorgerufen werden sollen, z.B. beim Begriff »Schutz«.

»Wir müssen unsere Lebensqualität, unsere europäische Lebensart schützen. Unsere Kultur ist ein Mosaik aus vielerlei Kulturen, um die uns die ganze Welt beneidet. ... Die Bevölkerung erwartet von ihrer Führung, daß sie in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik sowie bei der Verbrechens- und Drogenbekämpfung vernünftige Maßnahmen ergreift. Mutter Europa muß ihre Kinder schützen (S.24).

Es spricht für das hochdifferenzierte Menschenbild der Kommunikations-Experten, daß sie als zweite Ursache der behaupteten »Verunsicherung« der Bürger das »Zuviel an Information« ausgeben: »Europa spricht nicht mit einer Stimme«. Die Koordination zwischen den einzelnen Gemeinschaftsorganen und zwischen den Organen und den Mitgliedstaaten sei unzureichend. Daher gebe es bei einer Vielzahl von Sendern keine einheitliche Botschaft (S.4). Dieses müsse entschlossen geändert werden: »Ohne eine Gesamtstrategie für Öffentlichkeitsarbeit, anhand derer festgelegt wird, was wem und warum mitzuteilen ist, gibt es keine klare und verständliche Botschaft, keine Möglichkeiten, die gewünschten Reaktionen herbei zuführen« (S.4). Ab Mitte 1993 müßten in »zweimonatigen Abständen die wichtigen Konzepte der Europäischen Union (Fortschritt, Wohlstand, Schutz, Frieden, Solidarität und bessere Zukunft) mit Hilfe sämtlicher Kommunikationsmittel in die Öffentlichkeit gebracht werden« (S.29). Synergieeffekte ließen sich durch die Vereinheitlichung und ständige Wiederholung der Grundaussagen in einem für die Europäische Union typischen Stil erreichen (S. 41). Das strategische Ziel der künftigen Öffentlichkeitsarbeit müsse also darauf ausgerichtet sein, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für europäische Themen zu schärfen und »ihre Bereitschaft zu erhöhen, die Europäische Union sowie die Rolle und Aufgaben der Gemeinschaftsorgane zu unterstützen« (S.9). Dieses Ziel könne allerdings nur mit klaren, verständlichen, logischen und überzeugenden Botschaften erreicht werden, die »mit Fingerspitzengefühl und Respekt« übermittelt werden. Keineswegs gehe es also um ein Mehr an Informationen. Um einen Wandel in der

Einstellung der Öffentlichkeit zu erzielen, »brauchen wir nicht noch mehr Pressekonferenzen. Ein Mehr an Informationen wird keine Änderung bewirken....Was wir brauchen ist Kommunikation: Botschaften, die die Menschen mitreißen, sie begeistern und motivieren« (S.10).

Wie diese Passagen erhellen, geht es also gar nicht - wie eingangs behauptet - um eine Verbesserung der Informationspolitik, um mehr Transparenz und um die Rückgewinnung einer demokratischen Kommunikationskultur, sondern eher um die Herbeiführung von emotionalisierter, kritikloser Akklamation. Europa und die europäischen Organe dürften für den Bürger nicht länger etwas Abstraktes, Unnahbares sein. Im Gegenteil: sie müßten dem Bürger so nah gebracht werden, daß er »in Europa eine Mutter sehen kann, die um das Wohl ihrer Kinder besorgt ist« (S.9). Es verwundert nach den oben angeführten Abstimmungsergebnissen nicht, daß zwei Gruppen besonders hervorgehoben werden, »bei denen wir eine intensive Überzeugungsarbeit leisten müssen«, Jugendliche und Frauen(S.11).

Junge Menschen stünden den europäischen Werten und Idealen aufgeschlossener gegenüber als die ältere Generation. »Da es strategisch klug ist, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen, sollten junge Menschen eine Hauptzielgruppe unserer Überzeugungsarbeit werden« (S.12). Besonders einfühlsam und ausführlich sind die Passagen zur Überzeugungsarbeit gegenüber Frauen geraten, die überraschenderweise als »die größte und wahrscheinlich am positivsten (!) eingestellte Wählergruppe« bezeichnet und mit idealen weiblichen Geschlechtseigenschaften geradezu glorifiziert wird:

»Bei Frauen ist die Wahrscheinlichkeit größer, daß sie die existentiellen Vorteile einer besseren Zukunft intuitiv und schneller erkennen als Männer. Sie lehnen instinktiv jede Form von Krieg und aggressivem Handeln ab, sind kontaktfreudig, haben moralische Werte, lieben zwischenmenschliche Beziehungen im allgemeinen und ihre Familie im besonderen. ... Wir müssen unsere Darstellung der Europäischen Union so auf die Frauen zuschneiden, daß sie die Vorteile erkennen, die die Europäische Union für sie, ihr Leben, ihre Familie, ihre Kinder, ihren Beruf bietet« (S.11).

Als besonders wirkungsvoll wird es erachtet, die Bürger direkt über das Fernsehen anzusprechen. »Der Präsident der Kommission sollte sich direkt an alle wichtigen Zielgruppen wenden und bei medien- und öffentlichkeitswirksamen Gelegenheiten gezielt Frauen und Jugendliche ansprechen« (S.26) Über diesen geradezu genialen Vorschlag gerät die Expertengruppe selber vor Freude aus dem Häuschen:« Wahrscheinlich wäre dies das erste Mal in der europäischen Geschichte, daß ein Staatsmann sich unmittelbar an Frauen wendet« (S.26).¹⁵

15 EG-Präsident Delors hat sich die Empfehlungen der Expertengruppe offensichtlich zu eigen gemacht. Bei einer Rede in Norwegen im Frühsommer 1993 hat er zu beachtlichen neuen Bildern gefunden: Man müsse das Verhältnis der EG-Behörden zu den Mitglied-

Literatur

Allgemeine Literatur zum Maastrichter Vertrag

- Bericht der Expertengruppe De Clercq, Mitglied des Europäischen Parlaments: *Überlegungen zur Informations- und Kommunikationspolitik der Europäischen Gemeinschaft*. März 1993
- Leaman, Jeremy 1993: Diktatur der Bundesbank, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/1993, 802-815
- Schöni, Walter 1992: Staat und Demokratie in der Neuordnung Europas. Eine Problemskizze zu europapolitischen Fragen, *Widerspruch*, Heft 23 (Zürich)
- Skovgaard, Jensen, Ulla/ Poulsen, Jorgen 1991: *Patterns of Mobilization - Gender and Vote in the EEC Countries. 1978-1990*. Aalborg
- Vertrag über die Europäische Union*. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn, 12. 2. 1992 (Maastrichter Vertrag)
- Winter, Gerd 1992: Die drei Formationen der Politischen Union in der EG und ihre Kompetenzen nach den Verträgen von Maastricht, Gerhard Stuby (Hrsg.) *Föderalismus und Demokratie*, Baden- Baden

Frauenbewegung in Dänemark

- Dahlerup, Drude 1991: Learning to live with the State. The Women's Movement in the Nordic Countries. Keynote Address to the European Feminist Research Conference in Aalborg. Denmark 1991
- Dahlerup, Drude 1993: Die Frauen besiegten im dänischen Referendum die Maastrichter Verträge, in *beiträge für feministische theorie und praxis* 34, 27 - 31
- Strange, Ebba: Nein zu Maastricht - Die Haltung der Däninnen zur Union. Vortrag zur Tagung: *Europa ist weiblich*. Rheinisch-westfälische Auslandsgesellschaft, 5.- 7. Mai 1993, Dortmund

Spanische Frauenbewegung

- Jensen, Birgit 1992: Ganaron las cruces de las mujeres, *Poder y Libertad* 20: *El Maastricht des las Mujeres. Empleo - Education - Madernidad (Europeas)*. Partido Feminista de Espanya Vindicacion Feminista Publicaciones (Ed.) Madrid
- Nilsson, Eja 1992: Las Danesas Opinan, *Poder y Libertad* 20.
- Siim, Birte 1991: On Democracy and Gendered Citizenship. Beitrag zur *European Feminist Research Conference* in Aalborg.
- Stark, Agneta (1992): Schwedische Frauen und EG. Vortrag Universität St. Gallen (Schweiz) am 17. 1. 1992 (unpubl.)

Österreichische Frauenbewegung und EG

- Autorinnenkollektiv 1992: Frauen und EG - Kein Anschluß unter dieser Nummer, *AUF - Eine Frauenzeitschrift* 78/1992, 4 - 27
- Holzmann, Andrea/ Klatzer, Elisabeth 1993: Towards a Feminist Economics of European Integration. Paper to the Conference »Out of Margin«. *Feminist Perspectives on Economic Theory*. June 2-5, 1993 Amsterdam
- Klatzer, Elisabeth 1992: Währungspolitische Integration und wirtschaftliche Desintegration Europa, *Kurswechsel* 4/1992, 79-85

staaten sehen wie das Verhältnis von Ehefrau und Mann in der Heirat. Die EG sei für die Außenpolitik und die Wirtschaft zuständig, die Mitgliedstaaten - wie die Ehefrau - für die sozialen Angelegenheiten (human relations) (mdl. Information Dahlerup).

Kubes-Hoffmann, Ursula 1991: Europäischer Wirtschaftsraum - Gepflegter Irrsinn, in *Stimme der Frau* 9/1991

Marterbauer, M./ Klatzer, E. (1991): *Österreich in Europa*. Verein Zukunfts- und Kulturwerkstätte (hrsg.). Wien

Schweizer Frauenbewegung und EG

Bär-Schwab, Rosemarie 1992: Demokratie als Gretchen(s)-Frage. Vortrag der Nationalrätin der Grünen Partei der Schweiz am 7.11.1992 auf dem Markttag kritischer Frauen zu Europafragen in Bern.

Cultur Prospectiv 1992: Scherbenhaufen, Katharsis oder Chance? Motive und Hintergründe des Ja und Nein zum EWR im Vergleich zu den Sprachregionen, Randregionen und Zentren sowie sozialen Schichten. Pressedokumentation (Hg.) H.P. Meier-Dallach und Rolf Nef. Zürich 1992.

Dokumentation zum FrAU-Forum 1991: *EG als Herrschaftsprojekt* (Hrsg.) Frauenrat für Außenpolitik. Basel 1991

EG-Argumentenkatalog der Frauengewerkschaft Schweiz (FGS) 1992: Bern

Eurotopia-Newsletter. BürgerInnen - Bewegung für ein Europa ohne Gewalt: direktdemokratisch, armeefrei, ökologisch und solidarisch Nr.1 Spring 1992 (Bern)

Frauenblick Schweiz - Europa/ Horizon Femmes Suisse - Europe. Mehrere Nummern. (Hrsg.) Kampagne für den Frieden in Zusammenarbeit mit der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit Nr 1-4 (1992). Zürich

Frauenrat für Außenpolitik 1992: *Positionspapier der Arbeitsgruppe Europa/ EG/ EWR zum EWR- Beitritt der Schweiz*. Basel

Frauen und EG: Sondernummer der Frauenzeitung *FRAZ* 37. März 1991. Beiträge von Anne Sax, Frauengewerkschaft FGS, Gaby Gerder, Lisbeth Sidler, Maja Nadig u.a.

Geiser, Margrit 1992: EG, EWR und die Frauen. In : *Dokumentation des FrAU-Forum EG als Herrschaftsprojekt* Teil V.

Großer Markttag kritischer Frauen zu Europa-Fragen (1992) in Bern. Referate, Protokolle und Pressekommunikations 1992

Grüne Europa Politik 1989: *Ja zu Europa heißt Nein zum Binnenmarkt*. Stellungnahme der Grünen Partei der Schweiz zur EG-Politik.

Jegher, Stella 1992: Wider den Fundamentalismus der Marktwirtschaft. *Berner Tagwacht* vom 7.11.1992

Kriesi, H.P., Longchamp, Claude u.a. 1993: *Analyse des votations federales du 6 decembre 1992*. GfS Institut de recherche LINK FOCUS 1992: Begleituntersuchung im Vorfeld zur EWR-Abstimmung. Luzern

Meier-Seethaler, Carola 1992: Europas Kulturkurs: Kurs auf den Eisberg? Vortrag am *Markttag kritischer Frauen zu Europa-Fragen* am 7. 11. 1992

Madörin, Mascha 1992: Hätten Sie Mutter EWR beitreten wollen? Politik mit Männeridentität und Frauenambivalenz - Überlegungen zur EWR-Abstimmungsdebatte, *Widerspruch* 24/92, 153 - 160

Deutschland

Baureithel, Ulrike 1993: Wer setzt die Flötenöne in Europa? Deutsch-deutscher Einigungsprozeß und europäische Integration: die Konsequenzen einer gescheiterten Revolution für die Frauen in Ostdeutschland, in *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 34, 75-84.

Bohnenkamp, Ulricke 1993: Europa im Umbruch - neue Dimensionen der Frauenpolitik?, in Schunter-Kleemann, Susanne (Hrsg.) 1992

Editorial von Europa - Einig Vaterland 1993, in *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 34, 5 -7

Goerlich, Annette 1993: EG: Moloch oder Hoffnungsträgerin? Ein Plädoyer für eine frauenpolitische Einmischung, *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 34. Europa - Einig Vaterland 9-25

- Hörburger, Hortense 1990: *Europas Frauen fordern mehr*. Marburg
- Hörburger, Hortense 1992: *Europa ratlos statt grenzenlos. Der Vertrag von Maastricht auf dem Prüfstand*. Marburg
- Ohr, Renate 1993: Europäische Währungsunion - ein richtiger Schritt für Europa? in P. Bofinger, S. Collignon, E.M. Lipp (Hg.) *Währungsunion oder Währungschaos? Was kommt nach der D-Mark?* Wiesbaden, 1 - 11
- Ohr, Renate 1993: Europa nach Maastricht - Europäische Währungsunion notwendig für einen funktionierenden Binnenmarkt? Vortrag beim IAB-Kontaktseminar in Mainz, 17.5.1993 (hektogr. Manuskript - erscheint Ende 1993 beim IAB - Nürnberg)
- Schunter-Kleemann, Susanne (Hg.) 1992: *Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat*. Berlin.
- Schunter - Kleemann, Susanne 1993a: Der Maastrichter Vertrag, das Demokratiedefizit der EG und europäische Frauenbewegungen, *beiträge zur feministischen theorie und praxis* 34, 33-49
- Schunter-Kleemann, Susanne 1993b: Neue Initiativen oder Ausbremsen der Frauenpolitik - Europäische Sozialpolitik in den neunziger Jahren, Ilona Ostner (Hg.) *Mutter, Ehefrau, Erwerbstätige. Sozialpolitik als Geschlechterpolitik im internationalen Vergleich*. Schriften des ZES Bremen. Frankfurt

PROKLA 94, März 1994: Politik in Deutschland

Wenn das Jahr 1994 als »Jahr der Wahlen« angekündigt wird, heißt das zunächst, daß es in den Jahren zuvor nichts zu wählen gab. Die kompromißlos durchgezogene Vereinigung und die rücksichtslose Verwaltung ihrer Folgen ist ein einmaliges Lehrstück über die Verselbständigung der neuen deutschen Politik. Die »nationale Frage« wurde auf Kosten der »sozialen Frage« gelöst. Die in Aussicht gestellte Große Koalition kündigt an, daß sich an einer Politik, die sich als Inszenierung von »Sachzwängen« versteht, nichts ändern wird. Daher geht es für die Zukunft weniger um Wahlarithmetik, als darum, wie der Föderalismus, die Verfassungsreform, die Steuer- und Sozialpolitik der nächsten Jahre aussehen werden, wie sich die Politik für die von ihr Betroffenen öffnen läßt, geht es nicht zuletzt um die Neubestimmung von Gerechtigkeit und »Solidarität«. Die von der Einheitspolitik ausgelöste Krise der europäischen Integration und der neue, außenpolitische Interventionismus haben zudem klar gemacht, daß Politik in Deutschland längst nicht mehr »deutsche« Politik ist und sein kann. Linke Politik wird sich weder auf die sozialpolitische Nachbehandlung des gescheiterten Vereinigungsnationalismus beschränken, noch auf einen »aufgeklärten Imperialismus« einlassen können.